Vergleich statt Insolvenz

-

Wie ist das möglich?

von Arno Röder

1. Voraussetzung für gelingende Vergleiche
2. Vorbereitung Vergleiche
3. AEV
4. GSBP
5. Umgang mit Ablehnungen
 - 5.1. Allgemeine Möglichkeiten
 - 5.2. Zusätzliche Möglichkeiten bei öffentlichen Gläubigern

1. Voraussetzung für gelingende Vergleiche

- Zeit
- Engagement
- Ideen
- Mut

1. Voraussetzung für gelingende Vergleiche

Grundeinstellung

Insolvenz ist das letzte Mittel

→ Ausschöpfen aller vorherigen Möglichkeiten
(**außergerichtlicher** und **gerichtlicher** Vergleich)

Am Rande:

Leben mit Schulden ist auch eine „Regulierungslösung“

(Jahre) warten auf Einigungsbereitschaft ist auch eine „Regulierungslösung“

1. Voraussetzung für gelingende Vergleiche

Frage

Wie viele Klienten schaffen Vergleiche bis zum Abschluss (insbesondere die mit unpfändbaren Einkommen)?

1. Voraussetzung für gelingende Vergleiche

Berater sollte Einstellung zum Ratsuchenden prüfen

→ Ratsuchenden bestmöglich befähigen Vergleich zu erfüllen

→ **soziale Schuldnerberatung**

→ Testlauf: Ansparen (*Am Rande*: QS: Treuhandkonto)

2. Vorbereitung Vergleiche

Wichtig:

Vergleich gilt nur für aufgeführte Gläubiger
(daher: Vergessene Gläubiger können Forderung
weiter geltend machen!)

Arbeitsschritt: Gläubigerrecherche

(siehe „Eine Arbeitshilfe zur Gläubigerrecherche“,
BAG-SB Informationen – Heft 1_2019,
S. 48-49 u. 61-64)

3. AEV

Frage

Durch welche Angebotsstrategien kommen die erfolgreichen AEV zustande > Quote, Stiftungsgelder, 3.-Mittel, welche Argumente erzielen bei welchen GL/IUs die besten Erfolge?

3. AEV

Garantierter Betrag
(monatliche Rate oder Einmalzahlung)
→ **kein** „flexibler Nullplan“

Verwendung der
Formulare der „Stephan-Kommission“
(stephan-kommission.de) in Anlehnung:

- Anlage 1 (Personalbogen)
- Anlage 4 (Vermögensübersicht)
- ggf. Anlage Persönliche Bitte

Anzeige der Durchführung eines außergerichtlichen Schuldenregulierungsverfahrens des/der	Vorname und Name
	Straße und Hausnummer
	Postleitzahl und Ort
	Verfahrensbevollmächtigte(r) -
	Aktenzeichen
	Ansprechpartner
An alle Gläubiger	
I. Anzeige der Durchführung eines Schuldenregulierungsverfahrens	Ich zeige an, dass ich mit allen meinen Gläubigern ein Schuldenregulierungsverfahren durchführe. Nach meinen Vermögens- und Einkommensverhältnissen bin ich nicht in der Lage, meine bestehenden Zahlungspflichten, die bereits fällig sind oder in absehbarer Zeit fällig werden, zu erfüllen.
II. Aufnahme eines Schuldenregulierungsverfahrens	Ich bitte für die Dauer von drei Monaten ab Zustellung dieser Anzeige auf Zwangsvollstreckungsmaßnahmen zu verzichten.
III. Anlagen	Personalbogen (Anlage 1) ☒ Bescheinigung über die Durchführung eines Schuldenregulierungsverfahrens (Anlage 2) ☒ Vermögensübersicht (Anlage 3) ☒ Schuldenregulierungsplan (Anlage 4) ☒ Ergänzende Regelungen zum Schuldenregulierungsplan (Anlage 5) ☒

(Ort, Datum)

(Unterschrift)

Anlage 1 zur Anzeige der Durchführung eines Schuldenregulierungsverfahrens des/der	
Personalbogen: Angaben zur Person	
Name	Geschlecht ☐ männlich ☐ weiblich
Vorname(n) (Rufnamen unterstreichen)	Geburtsdatum
Geburtsname	früherer Name
Straße	Hausnummer
Postleitzahl	Ort
Telefon	E-Mail
Familienstand	☐ ledig ☐ verheiratet ☐ eingetragene Lebenspartnerschaft ☐ geschieden seit: ☐ getrennt lebend seit: ☐ verwitwet seit:
Unterhaltsberechtigten Personen	☐ nein ☐ ja, Anzahl: davon minderjährig
Beteiligung am Erwerbsleben	Erlerner Beruf: ☐ Zurzeit selbstständig tätig als: ☐ zurzeit unselbstständig beschäftigt als: ☐ Arbeiter(in) ☐ Angestellte(r) ☐ Beamte (r) ☐ Tarifbeschäftigter im öffentlichen Dienst ☐ Aushilfe ☐ Sonstiges, und zwar: ☐ zurzeit keine Beteiligung am Erwerbsleben, weil: ☐ Rentner(in)/Pensionär(in) seit ☐ arbeitslos, seit ☐ Schüler(in)/Student(in) bis ☐ Hausmann/Hausfrau ☐ Sonstiges, und zwar:

**Anlage 2
zur Anzeige der Durchführung eines Schuldenregulierungsverfahrens des/der**

**Bescheinigung über die Durchführung eines Schuldenregulierungsverfahrens
- Die Anlage 2 ist von der geeigneten Person oder Stelle auszufüllen -**

**Geeignete Person oder geeignete Stelle gem. § 305 InsO
(die das Schuldenregulierungsverfahren begleitet)**

Name

Straße und Hausnummer

Postleitzahl und Ort

ja

Anerkennende Behörde:
Aktenzeichen:

Wesentliche Gründe für ein erfolgversprechendes Schuldenregulierungsverfahren:

1. Der unterbreitete Schuldenbereinigungsplan entspricht den Regelungen der Insolvenzordnung. Sofern während der Laufzeit pfändbare Beträge anfallen, werden diese nicht durch Gerichts- und Treuhänderkosten aufgezehrt, sondern an die Gläubiger entsprechend dem Anteil der einzelnen Gläubiger an der Gesamtverschuldung verteilt.
2. Der Schuldner ist zur Vermeidung eines Insolvenzverfahrens bereit, aus dem unpfändbaren Einkommen eine monatlich feste Rate zu leisten. Ein Insolvenzverfahren würde aufgrund der Unpfändbarkeit des Einkommens auf einen Nullplan hinauslaufen. Freiwillige Zahlungen würden nicht erfolgen.
3. Der Schuldner leistet zur Vermeidung eines Insolvenzverfahrens eine Einmalzahlung, sofern die Gläubiger im Gegenzug auf die Restforderung verzichten. Ein Insolvenzverfahren würde aufgrund der Unpfändbarkeit des Einkommens auf einen Nullplan hinauslaufen.
4. Der unterbreitete Schuldenbereinigungsplan entspricht den Regelungen der Insolvenzordnung. Aufgrund der Reform der InsO kann die Laufzeit nach dem Vorliegen festgelegter Voraussetzungen verkürzt werden.
5. Bei Zustimmung aller Gläubiger kann die Laufzeit des außergerichtlichen Schuldenbereinigungsplanes i. d. R. binnen 6 Wochen beginnen. Da in einem gerichtlichen Insolvenzverfahren die anfallenden Kosten durch den pfändbaren Anteil gedeckt wären, beträgt die Laufzeit 5 statt 6 Jahre.
6. Die Laufzeit des außergerichtlichen Schuldenbereinigungsplanes beträgt 4 Jahre. In einem gerichtlichen Insolvenzverfahren wäre die gesetzlich vorgeschriebene Mindestquote nach 3 Jahren erreicht und die anfallenden Kosten wären gedeckt.
7. Auf eine mögliche Verkürzung wegen Erreichung der Mindestquote verzichtet der Schuldner, um eine schnelle Regelung der Verbindlichkeiten erzielen zu können und ein gerichtliches Insolvenzverfahren im Interesse aller beteiligten Parteien zu vermeiden.
8. In einem Insolvenzverfahren stehen freiwillige oder pfändbare Beträge nicht zur Verteilung, da diese durch die Tilgung der Verfahrenskosten aufgezehrt werden würden.

1. Der Schuldenregulierungsplan vom ist beigefügt.

2. Allen im Gläubigerverzeichnis benannten Gläubigern wird der außergerichtliche Plan gleichzeitig übersandt.

Ich bescheinige/ Wir bescheinigen, dass die Schuldnerin bzw. der Schuldner mit meiner/ unserer Unterstützung ein Schuldenregulierungsverfahren auf der Grundlage eines Planes durchführt. Der Plan ist ausgestellt aufgrund vorgelegter Unterlagen und erteilter Auskünfte.

(Ort, Datum)

(Unterschrift / Stempel der bescheinigenden Person oder Stelle)

Anlage 3 zur Anzeige der Durchführung eines Schuldenregulierungsverfahrens des/der					
Vermögensübersicht (Übersicht des vorhandenen Vermögens und des Einkommens)					
I. Erklärung zur Vermögenslage		Hiermit erkläre ich, dass ich über folgendes Vermögen und Einkommen verfüge.			
1.	Vermögen	Ja	Wert in EUR (Gesamtbetrag)	Sicherungsrechte Dritter	Nein
1.1	Bargeld (auch in ausländischer Währung)	☐		☐ nein ☐ ja in Höhe von EUR	☐
1.2	Guthaben auf Girokonten, Sparkonten, Spar- und Bausparverträgen, Wertpapiere, Schuldbuchforderungen, Darlehensforderungen	☐		☐ nein ☐ ja in Höhe von EUR	☐
1.3	Bescheidene Lebensführung übersteigende Hausratgegenstände, Möbel, Fernseh- und Videogeräte, Computer, sonstige elektronische Geräte, wertvolle Kleidungsstücke, sonstige wertvolle Gebrauchsgegenstände (z. B. Kameras, Waffen, optische Geräte u. ä.), wertvolle Bücher (Anzahl, Gesamtwert)	☐		☐ nein ☐ ja in Höhe von EUR	☐
1.4	Bauten auf fremden Grundstücken (z. B. Gartenhaus, Verkaufsstände etc.)	☐		☐ nein ☐ ja in Höhe von EUR	☐
1.5	Privat genutzte Fahrzeuge (PKW, LKW, Wohnwagen, Motorräder, Mopeds usw.)	☐		☐ nein ☐ ja in Höhe von EUR	☐
1.6	Forderungen gegen Dritte (Außenstände, rückständiges Arbeitseinkommen, Forderungen aus Versicherungsverträgen, Rechte aus Erbfällen),	☐		☐ nein ☐ ja in Höhe von EUR	☐
1.7	Grundstücke, Eigentumswohnungen und Erbbaurechte, Rechte an Grundstücken	☐		☐ nein ☐ ja in Höhe von EUR	☐
1.8.	Aktien, Genussrechte oder sonstige Beteiligungen an Kapitalgesellschaften, Personengesellschaften oder Genossenschaften	☐		☐ nein ☐ ja in Höhe von EUR	☐
1.9.	Rechte oder Ansprüche aus Urheberrechten, immaterielle Vermögensgegenstände (z. B. Patente)	☐		☐ nein ☐ ja in Höhe von EUR	☐
1.10.	Sonstiges Vermögen	☐		☐ nein ☐ ja in Höhe von EUR	☐
2	Monatliche Einkünfte	Ja	Betrag monatlich netto in EUR	Sicherungsrechte Dritter	Nein
2.1	Durchschnittliches Arbeitseinkommen (netto) einschließlich Zulagen und Zusatzleistungen. Lohn- oder Gehaltsbescheinigungen der letzten 2 Monate sind beifügt.	☐		☐ nein ☐ ja in Höhe von EUR	☐
2.2	Leistungen nach SGB II, SGB III, SGB XII (z.B. Arbeitslosengeld, ALG II, Sozialhilfe) Der Bewilligungsbescheid ist beifügt.	☐		☐ nein ☐ ja in Höhe von EUR	☐
2.3	Krankengeld Der Bewilligungsbescheid ist beifügt.	☐		☐ nein ☐ ja in Höhe von EUR	☐

2.4	Rentenversicherungen, Betriebsrenten, Versorgungsbezüge (aus öffentlicher Kasse) Der Rentenbescheid ist beifügt.	☐		☐ nein ☐ ja in Höhe von EUR	☐
2.5	private Renten-, Spar- und sonstige Versicherungsverträge Der Nachweis ist beifügt	☐		☐ nein ☐ ja in Höhe von EUR	☐
2.6	Sonstige Sozialleistungen (wie z. B. Kindergeld, Elterngeld, Wohngeld etc.)	☐		☐ nein ☐ ja in Höhe von EUR	☐
2.7	Sonstige monatliche Einkünfte (wie z. B. Einkünfte aus Unterhaltszahlungen)	☐		☐ nein ☐ ja in Höhe von EUR	☐
3	Jährliche Einkünfte		Betrag jährlich in EUR	Sicherungsrechte Dritter	Nein
3.1	Einkünfte aus nichtselbständiger Tätigkeit (z. B. Weihnachtsgeld, Tantiemen, sonstige Gratifikationen usw.)	☐	netto: brutto:	☐ nein ☐ ja in Höhe von EUR	☐
3.2	Einkünfte aus Vermietung und Verpachtung	☐	netto: brutto:	☐ nein ☐ ja in Höhe von EUR	☐
3.3	Einkünfte aus Kapitalvermögen	☐	netto: brutto:	☐ nein ☐ ja in Höhe von EUR	☐
3.4	Sonstige jährliche Einkünfte	☐	netto: brutto:	☐ nein ☐ ja in Höhe von EUR	☐
4.	Sonstiger Lebensunterhalt	☐ Ich habe keine bzw. keine ausreichenden regelmäßigen Einkünfte nach Ziff.2 und 3. Den notwendigen Lebensunterhalt bestreite ich durch:			
5.	Regelmäßig wiederkehrende Zahlungsverpflichtungen	Ja	Betrag monatlich in EUR		Nein
5.1	Unterhaltsverpflichtungen	☐	☐ Naturalunterhalt für Personen ☐ Barunterhalt für Personen in Gesamthöhe von		☐
5.2	Wohnkosten (Miete etc.)	☐			☐
5.3	Sonstige wesentliche Verpflichtungen	☐			☐
II. Erklärung zur Vermögenslosigkeit		☐ Hiermit erkläre ich, dass ich mit Ausnahme des unter Punkt I.4 bezeichneten Lebensunterhalts weder über die vorstehend aufgeführten Vermögenswerte noch über sonstige Vermögenswerte verfüge (Vermögenslosigkeit).			
III. Erklärung zu Schenkungen und Veräußerungen		Ich habe in den letzten vier Jahren Geld, Forderungen oder Gegenstände verschenkt (gebräuchliche Gelegenheitsgeschenke von geringem Wert sind nicht anzugeben).		☐ nein ☐ ja, im Gesamtwert von EUR	
IV. Versicherung		Ich habe in den letzten zwei Jahren Vermögensgegenstände an nahestehende Personen veräußert.		☐ nein ☐ ja, im Gesamtwert von EUR	
Die Richtigkeit und Vollständigkeit der in dieser Vermögensübersicht enthaltenen Angaben versichere ich. Mir ist bekannt, dass vorsätzliche Falschangaben strafbar sein können. Falsche Angaben können zur Anfechtung des Schuldenregulierungsplans führen.					

(Ort, Datum)

(Unterschrift)

Anlage 4

Regulierungsplan

DILAB e. V.

Schuldnerdaten		Plangrundlagen		Beträge	
Schuldner	Mustermann, Frau schlossallee 1, 10000 berlin	Planlaufzeit	60 Monate	Gesamtforderungen	21.450,00 €
Aktenzeichen SB	Jae/16	Zeitraum	01.06.2016 bis 31.05.2021	monatliche Rate	50,00 €
Bearbeiter	Jaenecke, Alexandra			Betrag zusätzlicher Buchungen	0,00 €
Datum	27.05.2016	Abzinsungszins p.a.	0,00%	Einmalzahlung	0,00 €
				Kostenstundung (§§ 53, 292 InsO)	0,00 €

Nr.	LV	Gläubiger	Vertreter	Forderung	Anteil an Ges.ford.	Einmalzahl.	Jahr 1	Jahr 2	Jahr 3	Jahr 4	Jahr 5	Summe	Barwert	Quote
1.1	☒	LBB		10.000,00	46,62%	0,00	279,72	279,72	279,72	279,72	279,72	1.398,60	1.398,60	13,99%
1.2	☐	LBB		4.000,00	18,65%	0,00	111,89	111,89	111,89	111,89	111,89	559,44	559,44	13,99%
2.1	☐	JobCenter Friedrichshain Kreuzberg		2.500,00	11,66%	0,00	69,93	69,93	69,93	69,93	69,93	349,65	349,65	13,99%
3.1	☐	Finanzamt Friedrichshain-Kreuzberg		650,00	3,03%	0,00	18,18	18,18	18,18	18,18	18,18	90,91	90,91	13,99%
4.1	☐	BVG	RAe Haas	150,00	0,70%	0,00	4,20	4,20	4,20	4,20	4,20	20,98	20,98	13,99%
5.1	☐	GSW		3.000,00	13,99%	0,00	83,92	83,92	83,92	83,92	83,92	419,58	419,58	13,99%
6.1	☐	Sportstudio		250,00	1,17%	0,00	6,99	6,99	6,99	6,99	6,99	34,97	34,97	13,99%
7.1	☐	Vodafone		800,00	3,73%	0,00	22,38	22,38	22,38	22,38	22,38	111,89	111,89	13,99%
8.1	☐	Otto HH		100,00	0,47%	0,00	2,80	2,80	2,80	2,80	2,80	13,99	13,99	13,99%
Summe				21.450,00		0,00	600,00	600,00	600,00	600,00	600,00	3.000,00	3.000,00	13,99%

Hinweis: Wegen der Rundung der Jahressalden auf 2 Stellen nach dem Komma kann der Gesamtsaldo geringfügig von der Summe der einzelnen Jahressalden abweichen.

Anlage 5 zur Anzeige der Durchführung eines Schuldenregulierungsverfahrens des/der
Schuldenregulierungsplan - Ergänzende Regelungen -
Datum des Schuldenbereinigungsplans:
Ergänzende Regelungen (insbesondere Sicherheiten der Gläubiger, § 305 Abs. 1 Nr. 4 Halbsatz 3)

1. Regelungen zur Zwangsvollstreckung

Die Gläubiger verpflichten sich, für die Dauer der Laufzeit des Vergleichs auf die Einleitung von Zwangsvollstreckungsmaßnahmen zu verzichten. Laufende Zwangsvollstreckungsmaßnahmen werden für die Dauer der Laufzeit ruhend gestellt.

2. Zahlungszeitpunkt

Vereinbarung einer Einmalzahlung

Zur Erfüllung des Vergleichs muss der vereinbarte Vergleichsbetrag bis zum vollständig an die Gläubiger gezahlt sein.

Vereinbarung von Ratenzahlungen mit festen und flexiblen Raten

Der Schuldner verpflichtet sich für die Dauer von Jahren den nach §§ 850 ff ZPO pfändbaren Anteil seines Einkommens an die Gläubiger entsprechend dem Anteil der einzelnen Gläubiger an der Gesamtverschuldung zu leisten.

Die Zahlungen sind zum eines Monats fällig; die erste Zahlung soll in dem Monat nach schriftlicher Zustimmung aller Gläubiger zum außergerichtlichen Plan aufgenommen werden. Die Gläubiger werden von dem Schuldner über das Zustandekommen des Planes in Kenntnis gesetzt.

3. Wirkung bei Planerfüllung

Nach Ablauf der Planlaufzeit und mit Erfüllung des Vergleiches erlöschen sämtliche Restforderungen der Gläubiger gegen den Schuldner. Der Schuldenerlass wird dem Schuldner unverzüglich schriftlich bestätigt. Soweit im Plan vereinbart, verlieren Sicherheiten ihre Gültigkeit; ruhend gestellte Zwangsvollstreckungsmaßnahmen werden endgültig für erledigt erklärt. Wechselseitige Kostenansprüche werden nicht geltend gemacht.

Nach vollständiger Erfüllung des Plans verpflichtet sich der jeweilige Gläubiger

- a. soweit ein vollstreckbarer Titel über die Forderung vorliegt, diesen entwertet und kostenfrei auf Aufforderung an den Schuldner herauszugeben,
- b. soweit die Forderung der SCHUFA oder einer anderen Auskunft gemeldet wurde, diesen gegenüber die Erledigung der Forderung zu erklären,
- c. soweit (Pfändung-) Pfandrechte im Zusammenhang mit der Forderung bestehen, einen entsprechenden Verzicht zu erklären.

Wenn die Herausgabe des vollstreckbaren Titels nicht möglich ist, weil in diesem die Haftung weiterer Personen (z. B. Gesamtschuldner) titulierte ist, wird die Herausgabe des Vollstreckungstitels durch die verbindliche Erklärung des Gläubigers, aus dem Titel keinerlei Ansprüche mehr gegen den Schuldner geltend zu machen, ersetzt.

4. Verzugsklausel und Wiederauflebensklausel

Jeder Gläubiger hat das Recht, den Vergleich vorzeitig zu kündigen, wenn der Schuldner mit seinen Ratenzahlungen zwei Monate ganz oder teilweise in Rückstand gerät.

Wird der Vergleich wirksam gekündigt, lebt die Ursprungsforderung zzgl. der zwischenzeitlich aufgelaufenen Zinsen und abzgl. der zwischenzeitlich geleisteten Zahlungen wieder auf.

5. Verfall bei Einmalzahlung

Gerät der Schuldner mit der vereinbarten Zahlung länger als 8 Wochen in Rückstand, wird die Vereinbarung, ohne dass es einer Mahnung oder ausdrücklichen Kündigung bedürfte, gegenstandslos. In diesem Fall lebt die ursprüngliche Forderung vollumfänglich wieder auf und wird zur sofortigen Zahlung fällig.

6. Informationspflicht

Im Falle der Vereinbarung eines flexiblen Plans verpflichtet sich der Schuldner, auf Verlangen des Gläubigers einmal jährlich (zum Jahresende) Auskunft über seine Vermögens- und Einkommenssituation zu erteilen.

7. Verpflichtungen des Schuldners für die Laufzeit des Vergleichs

Der Schuldner verpflichtet sich, jeden Wechsel des Wohnsitzes und der Beschäftigungsstelle den Gläubigern mitzuteilen. Im Falle der Vereinbarung eines flexiblen Plans verpflichtet sich der Schuldner, während der Planlaufzeit eine angemessene Erwerbstätigkeit auszuüben und sich im Falle der Erwerbslosigkeit um eine Beschäftigung zu bemühen.

Sollte während der Laufzeit des Planes ein Erbe anfallen, verpflichtet der Schuldner sich dazu, dieses zur Hälfte des Nettoertrages an seine Gläubiger (entsprechend dem Anteil der einzelnen Gläubiger an der Gesamtverschuldung) auszukehren.

8. Anpassung bei Vereinbarung von festen Raten

Bei nachgewiesener Verschlechterung der Einkommens- oder Haushaltssituation des Schuldners haben die Gläubiger dem Schuldner auf dessen Antrag eine vorübergehende Ratenreduzierung oder Stundung zu gewähren.

Der Schuldner hat die veränderte Situation den Gläubigern innerhalb von sechs Wochen anzuzeigen und ein konkretes Angebot für die weitere Regulierung zu unterbreiten.

Ist der Antrag des Schuldners begründet und stellt es keine Schlechterstellung gegenüber einem gerichtlichen Insolvenzverfahren dar, so sind die Gläubiger an die Planänderung gebunden.

Der vereinbarte Vergleichsbetrag muss jedoch unabhängig von Vorstehendem spätestens innerhalb von 3 Monaten nach Ende der ursprünglich vereinbarten Laufzeit erbracht sein.

9. Auswirkungen auf Mitverpflichtete

Die Rechte der Gläubiger gegen Mitschuldner des Schuldners sowie die Rechte dieser Gläubiger aus einer zur Sicherung eingetragenen Vormerkung oder aus einem Recht, das im Insolvenzverfahren zur abgesonderten Befriedigung berechtigen würde, vorzugehen, werden durch den Plan nicht berührt.

4. GSBP

Frage

Forderungen der Krankenkassen, sind diese zustimmungsersetzungsfähig?

Was passiert mit der Aufrechnungslage, wenn ein Schuldenbereinigungsplan durch geht?

4. GSBP

Frage

Der Gläubiger lässt sich manchmal sehr lange Zeit mit der Antwort des AEVs.

Was kann man tun, damit der Gläubiger die Situation nicht ausnutzt und durch den GV eine Ratenzahlung unter Druck „erzwingt“?

4. GSBP

Goldene Regel:

$$\begin{array}{c} \uparrow \text{Gläubiger} + \quad \text{Forderungshöhen} \\ = \\ \uparrow \text{Erfolg} \\ = \\ \downarrow \text{Angebot} \end{array}$$

4. GSBP

Tipp:

Wie erreiche ich die K+S Mehrheit?

→ „Sinnvolle“ Forderungsüberprüfung nach
Auswertung des Gläubigerverhaltens

4. GSBP

Tipp:

Wann stellt man den Antrag?

→ „Weihnachtsfalle“

4. GSBP

Problem:

Es liegt keine K+S Mehrheit vor, wie kann ich dennoch ein GSBP durchführen lassen?

→ Die Aussicht auf voraussichtlichen Erfolg begründen.

4. GSBP

- „Falle einbauen“:
→ **Kein** Stundungsantrag

- Auswertung des Verhaltens der Gläubiger anführen

Gläubiger	Inkasso	Einzelvergleich	AEV	SBP, geantwortet	SBP, geschwiegen	
Advanzia Bank	Tesch Inkasso Finance, Hörnlein		26		39	
Bad Homburger			34	11	20	
EOS Investment	EOS Deutscher Inkasso-Dienst			22	29	
Finanzamt Dessau-Roßlau Landeshauptkasse Sachsen- Anhalt			12	11	12	
Finanzamt Gera				12	12	
IKK classic			17	17		
InterCard	Mangold		14		17	
Jobcenter Gera	Agentur für Arbeit Recklinghausen	18			11	
Justizzahlstelle Gera			20	20	15	
Postbank	Intrum Deutschland			22	20	
Targo Bank		40	40	17		
Telefonica	infoscore	22	26			
Telekom Dtl.	EOS-DID		43	15		
Vodafone	Haas & Kollegen		50	12		Frank Komm
Vodafone Kabel Deutschland	infoscore			28	52	
Vodafone Kabel Deutschland	Kohl				11	
Vodafone Kabel Deutschland	w&w Rechtsanwaltssozietät				29	21

4. GSBP

- Auswertung der Fälle
- Einlegen von Beschwerden
- Einforderung von Anhörung nach § 306 InsO des Schuldners (Wille zur Einigung)
- Anlagen für GSBP mit schicken
 - Kurze Frist für AEV

4. GSBP

Problem:

Was ist wenn sich nicht alle Gläubiger gemeldet haben?

→ Erinnerungswert, wenn „gebührende Anstrengungen“ unternommen wurden
(LG Gera, Beschluss v. 17.01.2019, 5 T 323/18, siehe Newsletter des Fachbereiches Recht von Herrn Gelbhaar Juni 2019)

5. Umgang mit Ablehnungen

Frage

Ich habe das Gefühl, dass Vergleichsentscheidungen oft willkürlich durch GL oder IU gefällt werden. Trotz Unterhaltspflichten und dauerhaften Niedrigeinkommen werden Vorschläge mit „guten“ Quoten nicht angenommen.

Wie kann Nachverhandlung erfolgreich gestaltet sein?

5. Umgang mit Ablehnungen

Frage

Schwierig ist es immer wieder Vergleiche zu erzielen, wenn derjenige pfändbares Einkommen hat. Wird das pfändbare Einkommen im Plan angesetzt und die Laufzeit von 5 Jahren, so sind die Schulden in fast voller Höhe erledigt und der Schuldner hat keine Ersparnis. Ein Vergleich ist gleich einer Ratenzahlung. In meinem Beispiel Habe ich den Vergleich auf 3 Jahre gesetzt, wurde leider abgelehnt.

Welche Möglichkeiten gibt es noch?

Nr.	Gläubiger	Zahlungszeitraum:		1. bis 36. Monat		
		Forderung	Quote von Gesamtverschuldung	mtl.	Gesamthöhe des Tilgungsangebots	Regulierungsquote
1	Santander Consumer Bank AG	5.712,00 €	43,58%	93,70 €	3.373,32 €	59,06%
2	Sparkasse Unstrut-Hainich	3.831,59 €	29,24%	62,86 €	2.262,81 €	59,06%
3	Sparkasse Werra Meißen-Kreis	3.039,79 €	23,19%	49,87 €	1.795,20 €	59,06%
4	Bad Homburger Inkasso GmbH	522,65 €	3,99%	8,57 €	308,66 €	59,06%
	Summe	13.106,03 €	100,00%	215,00 €	7.740,00 €	

5. Umgang mit Ablehnungen

5.1. Allgemeine Möglichkeiten

- wenn Zeit besteht und es keinen Druck gibt, einfach warten, Gläubiger darauf hinweisen, dass man auf „Ihre“ Zustimmung wartet
- Nachverhandlung (nochmalige Schilderung der Situation)
 - Ursprungsgläubiger

5. Umgang mit Ablehnungen

5.1. Allgemeine Möglichkeiten

- Beschwerdemöglichkeiten
(Kundenreaktionsmanagement beim Jobcenter)
- Kontakt zu Unternehmen aufbauen und
„Entscheider“ finden (Vodafone: Frank Komm)
- Kontakt zu Inkassos pflegen
(Creditreform Gotha)

5. Umgang mit Ablehnungen

5.1. Allgemeine Möglichkeiten

- „Geschäftsführer“ oder Vorgesetzten einschalten

- Verbände

(Bundesverband Deutscher Inkasso-Unternehmen)

- Mitglieder von Aufsichtsrat/Stadtrat
(städtische Wohnungsbaugesellschaft)

5. Umgang mit Ablehnungen

5.1. Allgemeine Möglichkeiten

- Gläubiger zur höheren Akzeptanz von AEVs
„erziehen“

→ z. B. durch Kostenauflegung beim GSBP den
ablehnenden Gläubigern

(siehe „Der gerichtliche Schuldenbereinigungsplan als
wirkungsvolles Instrument der Entschuldung“,
BAG-SB Informationen – Heft 4_2018, S. 202-205 u.
239-240)

5. Umgang mit Ablehnungen

5.1. Allgemeine Möglichkeiten

- Thüringer Runden Tisch für Vergleiche
(Regionaldirektion Thüringen-Sachsen-Anhalt,
Justizzahlstelle, Creditreform Gotha, Sparkassen,
Städte- und Gemeindetag)
- Verbesserung des Angebotes

5. Umgang mit Ablehnungen

5.2. Zusätzliche Möglichkeiten bei öffentlichen Gläubigern

- Widerspruch
- Klage (bei Insolvenz als Notfallplan kein Risiko)
 - Petition

5. Umgang mit Ablehnungen

5.2. Zusätzliche Möglichkeiten bei öffentlichen Gläubigern

- Einforderung von „angemessenen“ Ermessungsentscheidungen wie beim Finanzamt (BMF v. 11.01.2002 - IV A 4 - S 0550 - 1/02)
- „Geschäftsführer“ (Vorstand/Bürgermeister)

Fazit

Alle Möglichkeiten anzugehen, sehe ich als unseren „Arbeitsauftrag“, wenn wir mehr Vergleiche erreichen wollen!